



# **1.8 Studiengruppe Industriepolitik**

## Studiengruppe Industriepolitik

Dieter Rehfeld

Auch wenn die Industrie schon seit einiger Zeit ihre gesellschaftlich prägende Kraft verloren hat, für die Gestaltung von Lebensqualität und Wohlstand bleibt sie gerade für eine stark vom Export abhängige und global vernetzte Wirtschaft wie in Deutschland von zentraler Bedeutung. Das wurde in der globalen Krise 2008/9 deutlich, in deren Folge weltweit Strategien zur Reindustrialisierung aufgelegt wurden, wobei mit dem Konzept Industrie 4.0 eine industrielle Modernisierung vor allem auch durch die Anwendung digitaler Technologien angestrebt wurde. Auch für die anstehende Transformation hin zu einer dekarbonisierten Wirtschaft und Gesellschaft wird das industrielle Innovations- und Produktionspotenzial eine entscheidende Rolle spielen.

Von daher überrascht es nicht, dass in den 2010er Jahren eine intensive Diskussion um industriepolitische Strategien und Instrumente stattgefunden hat. Diese Diskussion wurde in den bisherigen Arbeiten der Studiengruppe Industriepolitik aufgegriffen. Die Grundlage dieser bisherigen Arbeiten bildete eine quasi-historische Typologie der Industriepolitik, die gemeinsam mit Ben Dankbaar erarbeitet wurde und Ausgangspunkt für ein Themenheft der WSI-Mitteilungen bildete.

Gemeinsam mit Stefan Gärtner wurde der Zusammenhang zwischen Industriepolitik und regionaler Strukturpolitik erörtert. Mit Judith Terstriep wurde an neueren innovationspolitischen Strategien gearbeitet und die Ergebnisse veröffentlicht. Einzelne wissenschaftstheoretische Aspekte etwa zur Aktionsforschung oder zur Arbeitsforschung sind in eine Veröffentlichung des Gerhard Weisser-Instituts zum Thema „Engagiert und distanziert“ eingegangen. Antje Blöcker hat sich vor allem mit Änderungen der Wertschöpfungskette Automobil und Stahl beschäftigt und erste Ergebnisse veröffentlicht.

Diese Aktivitäten sollen in der kommenden Arbeitsphase vertieft werden, wobei drei Aspekte im Vordergrund stehen werden.

Erstens geht es um die künftigen Formen einer Umsetzung neuer industriepolitischer Strategien, also um die Frage der Governance von Industriepolitik. Governance bezieht sich dabei sowohl auf die Arbeitsteilung und Koordination zwischen den unterschiedlichen Ebenen, auf neue Formen der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie auch daraus folgend auf einen neuen Mix aus wettbewerblichen, hierarchischen und kooperativen

Strategien. Hierbei sind vor allem die ersten Ergebnisse der Diskussion um eine Neuausrichtung der Innovationspolitik hin zu einer an gesellschaftlichen Herausforderungen orientierten und soziale Innovationen einbeziehenden Innovationsstrategie zu nennen.

Zweitens spielt innerhalb dieser Governance die regionale Ebene eine entscheidende Rolle. Gewinner und Verlierer einer Transformation sind erfahrungsgemäß räumlich ungleich verteilt. Regional kumulieren gesellschaftliche Anpassungsprobleme, auf der regionalen Ebene finden sich aber auch immer wieder Vorreiter und treibende Kräfte des Wandels. Diese zentrale Bedeutung der regionalen Ebene wird auch an den umfangreichen zusätzlichen finanziellen Mitteln deutlich, die in der regionalen Strukturpolitik zur Verfügung gestellt werden. Eine zentrale Herausforderung wird darin bestehen, diese Mittel effektiv einzusetzen, so dass sie synergetisch wirken und nicht versickern.

Drittens sind regionale wirtschaftliche Strukturen immer auch in globale Wertschöpfungsketten eingebunden, dies ist einer der am stärksten vernachlässigten Aspekte der regionalökonomischen Diskussion der vergangenen Dekaden. Wertschöpfungsketten

verändern sich derart in verschiedener Hinsicht. Die Digitalisierung betrifft sowohl die Vernetzung der unterschiedlichen Funktionen der Wertschöpfungskette, sie bezieht sich vor allem aber auch auf neue Geschäftsmodelle, die mit ihren zwischengeschalteten Funktionen oft eher wertabschöpfend als wertschöpfend sind. In Zusammenhang mit der ökologischen Transformation stehen umfassende Änderungen der stofflichen und energetischen Basis an, die eine grundlegende Umgestaltung der Produktionsstrukturen zur Konsequenz haben. Weiterhin zeigen politische Initiativen wie auch das in Europa anstehende Wertschöpfungsgesetz, dass die unmenschlichen Arbeitsbedingungen gerade an den Enden der Wertschöpfungsketten nicht länger hingenommen werden. Nicht zuletzt hat die Pandemie gezeigt, dass es notwendig ist, über die Rückverlagerung strategisch zentraler bzw. gesellschaftlich kritischer Funktionen von Wertschöpfungsketten nachzudenken.

Die hier genannten Themen können im Rahmen der Studiengruppe nicht umfassend bzw. in allen Facetten behandelt werden. Sie bilden vielmehr den Rahmen für ein Arbeitsprogramm, das in den nächsten Tätigkeiten der Studiengruppe vor allem auch in Abstimmung

mit dem Forschungsschwerpunkt Innovation, Raum und Kultur konkretisiert werden soll.